

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
am letzteren Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal M. 1.80
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühren) =
Insertionspreis pro sechsspaltige Zeile 20 Pf.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Etienne in Oestrich.

Seitensprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

№ 15

Dienstag, den 4. Februar 1919

70. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Nach einer Reise durch das Saargebiet, hat General Mangin, Höchstkommmandierender der 10. Armee, zufrieden mit der allgemeinen Haltung der Bevölkerung und mit der von den Arbeitern geleisteten Arbeit bekundet, die Nahrung der Arbeiterklasse zu sichern.

Die Schwerarbeiter und Schwerarbeiter werden pro Woche und pro Kopf 125 Gramm Reis erhalten, als Zulage zur allgemeinen Ration.

Die Schwerarbeiter werden als Fettzulage 400 Gramm Speck pro Monat erhalten, die Schwerarbeiter dagegen 600 Gramm. Diese Lebensmittel werden den deutschen Arbeitern zu demselben Preise gelassen werden, wie den französischen Soldaten.

Die Lebensmittelverteilung wird in einigen Tagen erfolgen, sobald Transportmöglichkeiten vorhanden sind.

erg.: de Radailiac.

Leiter des Lebensmittelamtes

Bekanntmachung.

Nach Anstufung der französischen Verwaltung des Regierungsbezirks Wiesbaden ist der Postverkehr folgendermaßen geregelt:

1. nach dem besetzten Gebiet dürfen Briefe, Einschreibebriefe, Wertbriefe, Postanweisungen, Pakete von Behörden und Privatpersonen in allen Angelegenheiten verschlossen zur Verendung gelangen.

Kontingente sind, daß auf der Rückseite der Briefe die genaue Adresse des Absenders angegeben wird. Die Briefe sind auf der Post (Briefkasten) aufzuliefern.

2. nach dem unbesetzten Gebiet dürfen offene Briefe mit der genauen Adresse des Absenders

a) in Angelegenheiten des Handels, der Industrie, des Zahlungsverkehrs und der Verwaltung versandt werden. Entlieferung bei der Post (Briefkasten).

Die Sendungen unterliegen der Zensur in Mainz.

b) Behörden dürfen in Angelegenheiten der Verwaltung auch an Privatpersonen Briefe senden, z. B. Briefe enthaltend Entschlüsse, Entscheidungen und dergl.

Auslieferung bei der Post (Briefkasten). Diese Schreiben können verschlossen werden.

3. Telegramme in Angelegenheiten des Handels (einschl. Lebensmittelhandel), Industrie und des Zahlungsverkehrs dürfen durch die Kontrolle der franz. Verwaltung nach dem besetzten und unbesetzten Gebiet versandt werden.

Ausgeliefert werden diese Telegramme bei der Post, die sie ihrerseits der franz. Verwaltung vorlegt.

Nicht erlaubt sind demnach: Geldsendungen in das unbesetzte Gebiet, mit Ausnahme kleiner Geldsendungen im Höchstbetrage von M. 200.—

Ferner sind nicht erlaubt: Telegramme in Privatangelegenheiten, sei es im besetzten oder unbesetzten Gebiet.

Die französische Verwaltung erlaubt offene Postkarten, die sich lediglich auf den Bezug von Nahrungsmitteln beziehen und die keine Privatmitteilungen enthalten, für Privatpersonen nach dem unbesetzten Gebiet.

(Verdruckpostkarten für Bestellung von Lebensmitteln)

Für die Auslieferung dieser Postkarten sollen bestimmte Termine angegeben werden, jedoch deren Versendung in Sammelungen nach dem unbesetzten Gebiet erfolgen kann. In dieser Angelegenheit wird nähere Verfügung noch ergehen.

Wiesbaden, den 17. Januar 1919.

Der Regierungspräsident.

F. S. Nachstehende Bekanntmachung des franz. Distriktsverwalters vom 27. 1. 1919, Nr. 1466 betreffend Transporte von oder nach dem besetzten rheinischen Gebieten wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 30. Januar 1919.

Der Landrat.

Das verbündete Oberkommando gibt nachstehend die Bestimmungen bekannt, welchen Transporte von oder nach dem besetzten rheinischen Gebieten vom 25. Januar 1919 ab unterworfen sind.

1. Ausfuhr.

A) Verladungen nach Elsaß-Lothringen, den verbündeten Ländern und den neutralen Ländern.

Die Verladungen von Gütern nach Elsaß-Lothringen, den verbündeten und den neutralen Ländern, können nur auf Grund eines besonderen Antrages genehmigt werden.

B) Sendungen nach dem nicht besetzten Deutschland.

a) Der Versand folgender Rohstoffprodukte ist verboten:

1. Kohlen und Brennstoffe (besonderer Regelung unterworfen).

2. Produkte für die Herstellung von Eisen, Bleche, Träger, Schienen, große Träger und Kehlsteine, Gegenstände aus Eisen, Rohre, Draht, Stahl, (Winkel-Eisen.)
3. Verschiedene Metalle: Zink, Blei, Aluminium, Kupfer usw., Mechanische Konstruktionen der verschiedenen Motoren, Lokomotiven, Eisenbahnwagen, Werkzeugmaschinen, elektrische Apparate, Web- und Strickmaschinen,
4. Cement, Zement- und Dachziegel, Ziegeln, (nicht Backsteine) Steingutprodukte,
5. Zugeschnittenes Zimmerholz, zugeschnittenes Grubeholz, fertige Eisenbahnschwellen,
6. Leder und Häute und Felle,
7. Zucker,
8. Chemische Produkte, Farbenprodukte (nicht die pharmazeutischen Produkte),
9. Papier.

In gewissen Ausnahmefällen oder mit Rücksicht auf besondere Umstände kann die franz. Behörde, falls sie es für angebracht erachtet, die Ausfuhr der oben genannten Rohstoffe und Produkte auf Grund eines besonderen Antrages der Beteiligten erlauben. Diese Anträge sind eingehend zu stellen, sie müssen alle nötigen Angaben enthalten und sind an den franz. Kreisverwalter in Wiesbaden zu richten, der das Weiterveranlagte.

b) Der Versand von anderen als in Absatz a) genannten Fabrikaten kann auf besonderen Antrag hin genehmigt werden. Der Versand muß allerdings auf das Beschränkt werden, was in den einzelnen Betrieben die Tagesleistung fertigt. Es darf die am 15. Januar vorhanden gewesenen Bestände nicht vermindern.

2. Einfuhr.

A) Ohne besondere Genehmigung ist die Einfuhr folgender Produkte und Rohstoffe in die besetzten rheinischen Gebiete erlaubt:

1. Lebensmittel, einschließl. Getränke, Futtermittel und Körnerfutter für Tiere, Sämereien für die Landwirtschaft,

2. Die für die Industrie nötigen Rohprodukte und Gegenstände.

Zusatz: Diese Genehmigung kommt ausschließlich den Industriellen zu Gute. Keinerlei Versand von Fertigfabrikaten an Groß-, Halb- oder Kleinhandl. in den besetzten Gebieten ist erlaubt. Die Wirtschaftsverbände werden sich darüber vergewissern, daß die für die Industriellen eingeführten Produkte weder ganz noch teilweise vor ihrer Verwertung bezw. Verarbeitung an den Handel abgegeben werden.

B) Auf besonderen Antrag hin kann die Einfuhr von Produkten, soweit sie in Absatz a) nicht genannt sind, dagegen aber als unentbehrlich für das Wirtschaftsleben der besetzten rheinischen Länder erachtet werden, genehmigt werden.

3. Gesuche um Transportgenehmigung.

Alle Anträge (Gesuche um Transportgenehmigung) wie sie in vorstehendem Absatz 1 und 2 vorgesehen sind, sind zur Stellungnahme an den französischen Herrn Kreisverwalter in Wiesbaden zu richten. Der Kreisverwalter gibt die Anträge alsdann an den Geschäftsführer zurück, der sie nun durch das Verpflegungsamt (Abteilung für Industrie, Handel und Gewerbe) — Office général de ravitaillement — in Wiesbaden an den Herrn Obersten Pineau, Distriktsverwalter in Wiesbaden, richtet. Dieser prüft die Anträge und legt sie dem Wirtschaftsverbande (section économique) bei der Armee vor.

Diese Anträge müssen in vierfacher Ausfertigung eingereicht werden und folgende Angaben enthalten:

1. Name des Absenders,
2. Bezeichnung der Waren,
3. Zahl der Stücke und ungefähres Gewicht,
4. Verladebahnhof,
5. Bestimmungsstation,
6. Entscheidung der Abteilung oder des Verbandes (genehmigt oder verweigert),
7. Datum dieser Entscheidung,
8. Nummer des Antrages dieser Entscheidung.

durch die
betr.
Abteilung
auszufüllen.

Außerdem müssen Anträge (wie sie in den Absätzen 1 B und 2 vorgesehen sind) die darauf zielen, die Genehmigung der Ausfuhr nach dem nicht besetzten Deutschland zu erlangen, eine ausdrückliche Erklärung dahingehend enthalten, daß ein etwaiger Versand die am 15. Januar 1919 vorhanden gewesenen Bestände nicht vermindert.

F. S. 67. Der Herr Militärkommandant gibt folgendes bekannt: Fälle von Typhus im Gebiet der Armee sind angezeigt. Diese Krankheit ist von Deutschland durch aus dem Decretbillet in ihre Heimat zurückgeführt. Entlassene eingekerkert worden.

Durch Verfügung des kommandierenden Generals der Armee müssen alle deutschen Entlassenen bei dem Wiedereintritt in besetztes Gebiet einem Lager der französischen Armee zugeführt werden, wo sie einer ärztlichen Untersuchung unterzogen werden; Entlassene der Leute, Desinfektion der Kleidungsstücke u. wird hier vorgenommen werden. Sie erhalten alsdann von der französischen Militärbehörde einen Ausweis als Bestätigung für den Vollzug dieser Anordnung.

Die Gemeinden haben selbst für Benachrichtigung des militärischen Kreisverwalters zu sorgen bezüglich jedes Rückkehrkommenten, der allenfalls diesen Maßnahmen konnte entgegen sein und der sich in ihrem Gebiet aufhält. Für den Fall schlechter Erledigung dieser Aufgabe machen sie sich strafbar.

Wiesbaden a. Rh., den 31. Januar 1919.

Der Landrat.

Anordnung.

Auf Grund der §§ 58 ff der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 wird bestimmt:

Die gemäß § 4 der Anordnung betr. die Zusammenfassung, Gewichte und Preise der Getreide vom 21. November 1918 bewilligten Zulagen für Schwer- und Schwerarbeiter kommen ab 3. Februar 1919 in Fortfall. Die Schwer- und Schwerarbeiter der Eisenbahn erhalten die Zuschläge auch weiterhin.

Wiesbaden a. Rh., den 29. Januar 1919.

Der Kreisverwalter des Rheingaukreises.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Ich erinnere hiermit an die Einfuhr der Zins- und Wiederkampfs.

Wiesbaden a. Rh., den 28. Januar 1919.

Der Landrat.

Die Nationalversammlung.

Die Vorbereitungen.

In Weimar beginnt schon das Zustromen der Gäste, die dazu bestimmt sind, dem ruhigen Alltagsleben binnen wenigen Wochen ein ganz verändertes Aussehen zu geben. Parlamentarier, Beamte und Parteimitglieder teilen sich ihre Arbeitsstätten zu und entwerfen ihre Programme für die Vollversammlungen, wie für die Fraktionsführungen, von denen die ersten bereits heute oder morgen stattfinden. In der Stadt sind noch zahlreiche Post- und Telefonarbeiter mit dem neuen neuen Ausrüstungen beschäftigt. Die einzelnen Parteien der neuen Nationalversammlung haben sich bereits die verschiedenen großen Hotels untereinander verteilt, um deren Säle für ihre Parteitagen und die Zimmer für ihre Abgeordneten zu benutzen. So werden die Mitglieder des Zentrums im Fürstlichen Hof wohnen, die Demokraten in dem gegenüberliegenden Hotel Chemnitz, die Deutsch-nationalen und die Deutsche Volkspartei haben sich in den beiden vornehmen Hotels am Markt, die man aus der Goethezeit kennt, im Erbprinzen und im Elefanten, eingerichtet. Da werden wohl, ganz ähnlich wie in der Frankfurter Zeit von 1848, die Gasthofnamen bald Parteianamen werden. Damals wohnte die eigentliche Linke, der Karl Vogt und Robert Blum angehörten, im Deutschen Hof, die ganz Radikalen und Kommunisten, die später von ihr abgespalteten, im Tonnersberg, das linke Zentrum tagte im Württembergischen Hof, die Rechte, die sogenannte Professorenpartei, die den preussischen Erbprinzen wollte, versammelte sich erst im Fürstlichen Hof, dann im Kasino. Mit der ganzen parlamentarischen und politischen Welt werden auch eine Menge zweifelhafter Existenzen nach Weimar kommen, Ausbeuter jeder Art, politische Flüchtlinge und Verschwörer. Die Polizei hat schon jetzt ein wachsames Auge auf jeden Ankömmling. Es gelang ihr kürzlich, in einem der ersten Gasthöfe der Stadt Flüchtlinge aus den Berliner Aufbruchtagen zu fassen, nämlich den sogenannten sozialistischen Kommandanten des Silesischen Bahnhofes und seinen Adjutanten.

Familie Friedberg in der Nationalversammlung.

(b.) Die B. Z. schreibt: Das zwei Mitglieder derselben Familie einem Parlament angehören, ist schon öfter vorgekommen. Wir erinnern an die beiden Brüder Konrad und Friedrich Hausmann, die lange Jahre dem Reichstag und dem württembergischen Landtag gleichzeitig angehörten, an den Zentrumsführer Dr. Spahn, der kurze Zeit die Freude hatte, seinen Sohn, den Professor Martin Spahn, als Fraktionsgenossen zu sehen. Die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung haben aber den eigenartigen Fall gezeigt, daß drei Familienangehörige, und zwar Vater, Tochter und Schwiegersohn an einem Tag gewählt wurden, nämlich Staatsminister Dr. Robert Friedberg in Potsdam, seine Tochter Charlotte Friedberg in Teltow-Beeskow und deren Ehemann Geheimrat Hugo Garnich in Berlin. Während Dr. Friedberg von der Deutschen demokratischen Partei gewählt wurde, kandidierte das Ehepaar Garnich für die Deutsche Volkspartei.

Der Völkerbund.

(*) Henderson erklärte einem Mitarbeiter der „Neuen Zürcher Zeitung“, der Völkerbund könne nur auf dem Grundsatze der Abschaffung der bestehenden Zollschranken und anderer Hemmnisse des Weltverkehrs aufgebaut werden und gedeihen. Eine Freihandelspolitik werde gleichzeitig den berechtigten Interessen der Unternehmer wie der Arbeiter Rechnung tragen. Auf dem Gebiet der Kolonien müsse allgemein die Politik der offenen Tür zur Geltung kommen. Jede Zurücksetzung einer Großmacht, jede Verletzung der Rechte einer kleinen Nation würde gegen die Grundsätze von Demokratie und Freiheit verstoßen und statt zur Bildung eines Völkerbundes zu einer Koalition der Mächte führen, die mit der Zeit die gleichen Konflikte erzeugen würde, die es für immer unmöglich zu machen gilt.

Der Waffenstillstand.

Die Verhandlungen in Spa.

Das beim deutschen Rückzug zur Pflege der Verwundeten im besetzten Gebiet verbliebene deutsche Sanitätspersonal soll, wie der Verband in der Sitzung in Spa vom 28. Januar mitteilte, ebenso wie das in Gefangenschaft geratene Sanitätspersonal entlassen werden, sobald es nicht mehr benötigt wird. Das deutsche Ersuchen, das Sanitätspersonal keinen gerichtlichen Untersuchungen und Bestrafungen aussetzen, lehnten die Alliierten ab.

Von den übrigen in der Sitzung zur Sprache gelangten Fragen sind noch folgende erwähnenswert: Der Verband wies darauf hin, daß der Bezug von Berlin bis Köln vielfach von Personen benutzt werde, die nicht im Besitz eines Passes seien. Falls hierin keine Besserung eintreffe, müsse sie die dem deutschen Publikum für die Benutzung dieses Zuges gewährten Erleichterungen aufheben.

Auf eine Bemerkung des französischen Vertreters in der Unterkommission für Eisenbahnmateriale, die Abgabe der Lokomotiven sei bisher hauptsächlich aus Preußen und nur in geringem Umfange aus den übrigen deutschen Bundesstaaten erfolgt, wies der deutsche Vorsitzende darauf hin, daß dies seinen Grund in dem Bestehen der verschiedenen Eisenbahnverwaltungen habe. Er betonte, daß daraus keinerlei politische Folgerungen auf das Verhältnis der deutschen Staaten zueinander gezogen werden dürften.

(b.) General v. Winterfeldt wird nach einer Meldung aus Berlin auf seinem Entschluß, seine Entlassung zu nehmen, beharren.

Das Gesicht Deutsch-Oesterreichs.

Mit am meisten von all den Fragen, die auf der kommenden Friedenskonferenz zur Erörterung stehen werden, liegt uns das zukünftige Schicksal Deutsch-Oesterreichs am Herzen. Das hat uns die große Rundschau gelehrt, die in den letzten Tagen die deutsche Presse für einen Anschluß Deutsch-Oesterreichs an die deutsche Republik unternahm. Der deutsch-oesterreichische Staat, dessen Grenzen und Gebietsverhältnisse allerdings noch keineswegs endgültig geregelt sind, vielmehr von den umgrenzenden slawischen Nationen sehr heftig angefochten werden, würde, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Nationen gerechter Weise auch auf das Deutsch-Oesterreich angewendet wird, ungefähr 10 Millionen Einwohner umfassen. Es handelt sich bei diesem Staat vor allen Dingen um die sogenannten Sudetenländer Böhmen, Mähren und Schlesien, die augenblicklich allerdings noch sehr weit von den verschiedenen Nationalitäten umstritten werden; ferner um das sogenannte Innerösterreich, das sich aus der Steiermark, aus Kärnten, Krain, Tirol und Vorarlberg zusammensetzt, das freilich aber auch in seinen einzelnen Gebietsteilen schwer umkämpft wird. Einem so zusammengesetzten deutsch-oesterreichischen Staat würde der tschechische Staat mit 6½ Millionen, ein ruthenischer mit 3½ Millionen und ein slowenisch-serbischer mit 2 Millionen gegenüberstehen. Eine wichtige Frage ist für diese neuen Staaten die Bildungsfrage. In dieser Hinsicht schneidet Deutsch-Oesterreich weit aus am besten ab. Nur etwa 3,1 Prozent der gesamten Einwohnerzahl bei den Tschechen; dagegen zählen die Slowenen 14,7, die Serbo-Slowenen 63,7, die Ruthenen 61 und die österreichischen Polen 27,4 Prozent Analphabeten.

Das Sprachgebiet der nachweislich rein deutschen Landesteile ist nicht überall geschlossen, wozu noch kulturelle und wirtschaftliche Unterschiede kommen. Der österreichische Sudetenländer, der von altersher sehr um sein Deutschsein kämpfen mußte, ist ein ganz anderer als beispielsweise der Alpenländer, der vom Meer bedrohten Länder Ober- und Nieder-Oesterreichs, Tirol etc. Während im Süden eine streng-italienisch-katholische Gesinnung vorwiegt, herrscht im Norden der politische Freisinn. Hier überwiegt Industrie, dort das bäuerliche Element. Dennoch muß betont werden, daß gerade heute angesichts der ersten Gegenwart und der ungewissen Zukunft diese Unterschiede vollkommen nebensächlich geworden sind, vielmehr ein gemeinsames allenthalben überwiegt: der deutsche Gedanke.

Deutsch-Oesterreich — ein Gliedstaat Deutschlands.

Berlin, 2. Febr. Der Staatsrat von Deutsch-Oesterreich nahm einen der österreichischen Nationalparlament vorgelegten Gesetzentwurf, der Deutsch-Oesterreich als Glied Deutschlands erklärt, einstimmig an.

Rohlennot und Arbeitsunlust.

Im Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung häufen sich die Klagen über die wachsende Rohlennot, über den Mangel an Rohstoffen und über die völlige Unlust zahlloser Arbeiter, zu arbeiten. Hand in Hand mit dem Mangel an Rohlen geht ein ungeheurer wirtschaftlicher Niedergang vieler Industrien. Namentlich klagen die chemischen Fabriken wegen des Mangels an Rohstoffen und Rohlen. Geradezu trostlos sind die Verhältnisse in den Salinen in Emsburg, für die die Kohlenzufuhr seit dem 25. November überhaupt gesperrt ist, weil die Kriegsamtsstelle in Hannover annimmt, daß hinreichende Salzvorräte vorhanden seien. Zu Beginn des Monats Januar wurde eine beschränkte Kohlenzufuhr wieder freigegeben, doch war die gelieferte Kohle so schlecht, daß sie nur geringe Ausbeute ergab. Erhält Emsburg daher nicht bald bessere und mehr Kohlen, so ist mit einer Salznöte wie im vergangenen Jahre zu rechnen. Den Gaswerken in Emsburg geht es ähnlich, auch sie müssen die Gaszufuhr bald einstellen, weil die Kohlenversorgung nicht besser wird. In Ost- und Westpreußen klagt die gesamte Industrie über die ungeheuren Schwierigkeiten in der Zufuhr von Rohstoffen und Rohlen, und man befürchtet für die nächste Zukunft eine ganze Anzahl von Betrieben stilllegen zu müssen. In Ostpreußen hat die Straßenbahn wegen der Kohlennot ihren Betrieb einstellen müssen, und in Ostpreußen sind die Reptilienwerke bald nicht mehr in der Lage, weiter arbeiten zu lassen.

Gegenüber dieser trostlosen wirtschaftlichen Lage steht eine bisher unerhörte Unlust zur Arbeit. Im Bergbau und in der Eisenindustrie, im Rheinland und in Westfalen und in den Bergwerken des Saarwaldes, ebenso wie in den Industrien in Ost- und Umgebung herrscht größter Arbeitermangel. Trotzdem steigt die Zahl der Arbeitslosen von Tag zu Tag. In Berlin ist die Masse der Arbeitslosen auf über 230 000 Personen gestiegen. Die Arbeiter nehmen lieber die in fast allen Städten sehr hohe Erwerbslosenunterstützung, als daß sie arbeiten, und lassen sich nur einstellen, wenn ihre Erwerbslosen, in gar keinem Verhältnis zu ihrer Arbeit stehenden Lohnforderungen bewilligt werden. Weil die Arbeitslosenunterstützung in den Städten höher ist als die Löhne auf dem Lande, weigern sich die Arbeitslosen fast durchweg, Landarbeit anzunehmen. Das weibliche Personal, in erster Linie die früheren Munitionsarbeiterinnen, sträuben sich gegen die Übernahme häuslicher Dienste. In den Betrieben in den Landkreisen und in der Landwirtschaft ist genügend Arbeitsgelegenheit vorhanden, ja es herrscht der bitterste Arbeitermangel. Die Zuckerfabriken in den verschiedensten Teilen von Deutschland klagen darüber, daß die Leistungen der Arbeiter bei weitem nicht erhöhten Löhnen bedeutend geringer sind, als vor dem Kriege. Besonders die jüngeren Arbeiter legen bei jedem Anlaß die Arbeit nieder. Die

Forderung in den Braunkohlenwerken könnte ganz erheblich gesteigert werden, wenn die genügenden Arbeitskräfte vorhanden wären. Aber auch in Deutschland wirken die überhöhten Lohnforderungen der Arbeiter hemmend auf die Industrie, Handwerk und Landwirtschaft. In Ost- und Westpreußen ist in ganz Ostpreußen an eine Frühjahrssbestellung gar nicht zu denken, weil eben die Leute fehlen. Das Land braucht Millionen Arbeiter, und niemand meldet sich. Dabei ist das Militär der Arbeiter gegen die Landarbeit in keiner Weise berechtigt, im Gegenteil, die Arbeit ist gesünder, als die in den Fabriken. Alle von den Kommunalverwaltungen und von der Regierung in Angriff genommenen Notstandsarbeiten gehen nur langsam vorwärts oder liegen brach, weil keine Arbeiter vorhanden sind. In Danzig meldeten sich für die Notstandsarbeiten bei einem Tagelohn von 15 Mark für Verheiratete und 12 Mark für Unverheiratete von 5000 Arbeitslosen ganze 17 Personen.

In allen Städten geht man darauf aus, die jugendlichen Arbeiter abzuschieben, doch steht diese Maßnahme auf dem erbitterten Widerstand der Arbeitslosen. In Schlesien ist es sogar schon soweit gekommen, daß man infolge der Arbeitslosen und Arbeitsunlust der Arbeiterbevölkerung auf ausländische Arbeiter hat zurückgreifen müssen. Und dann ziehen in Leipzig, Bremen, Braunschweig und Berlin große Demonstrationen von Arbeitslosen durch die Straßen mit Schildern: „Gibt uns Arbeit.“

Die Rechnung.

Schiffbau hat sich durch die Wasserstands-Veränderungen verpflichtet, alle Arten von Schäden wiederherzustellen, welche es im Laufe des Krieges, besonders in Frankreich, geschaffen hat. Nur wenige Leute haben aber einen richtigen Begriff von der Größe dieser Rechnung, die bezahlt werden muß. Einige deutsche Zeitungen haben von einer Totalsumme von ungefähr 50 Milliarden gesprochen. Sie sind weit davon entfernt, und die Schätzung, welche uns von amtlicher Seite gemacht wurde, hat viel höhere, zerschmetternde Zahlen.

In den zerstörten Gebieten, welche sich von Dünkirchen bis zu den Vogesen in einer Länge von 700 km. und einer Tiefe von 60—80 km. erstrecken, das ist eine Fläche von 5 Millionen Hektar, wohnt eine Bevölkerung von ungefähr 6 Millionen Seelen. Auf diesem, heute ganz oder zum Teil zerstörten Gebiet beläuft sich das Minimum der ganz zerstörten Grundstücke auf etwa 250 000, und das der teilweise zerstörten Grundstücke auf 200 000. Um einen Begriff von diesen Zahlen zu geben, beträgt die Zahl der Grundstücke von Paris und dem Seine-Departement nur 236 000. Der Wert des Wiederaufbaues und der Wiederherstellung kommt ungefähr auf 20 Milliarden, wenn man auf den unmaßlichen Wert der Sache achtet.

Man muß die historischen Monumente und Kunstwerke dazu rechnen; die Zahlen der Wiederherstellung der historischen Gebäude beträgt 800 Millionen. 200 Millionen für gemalte Scheiben, Bildwerke, Fresko-Malereien etc., 300 Millionen für Gebäude von altertümlichem Wert, zusammen 1 300 000 Franken. In Westpreußen beträgt der Wert für die Wiederherstellung der Denkmäler gewiß 3 Milliarden. Die Schäden und die gestohlenen Gegenstände der Museen und öffentlichen Sammlungen betragen ungefähr eine Milliarde. Der bewegliche Wert stellt nach dem von der Versicherung festgestellten Zinsfuß beinahe 50 Prozent des Grundstückerwerbes dar, im ganzen mehr als 15 Milliarden.

Andererseits stellt die verlorene Nutzung des requirierten Warenvorrates, der Einrichtungen und industriellen Handwerkszeuge einen Verlust von wenigstens 25 Milliarden dar.

Man hat also mit einer Summe von zusammen 70 Milliarden Mark allein für Frankreich zu rechnen. Nun hat aber der Kanal von Suez seinen Erbauern nur 291 Millionen, ein Eisenbahnbau, wie die französische P. & M. mit seinen 10 300 Kilometer Eisenbahnen nur 4 Milliarden 700 Millionen gekostet. Man sieht daran, welche Höhe die obenstehenden Zahlen darstellen.

Aber zu diesen 70 Milliarden muß man die Bodenschäden hinzurechnen. Es sind 100 Millionen Kubikmeter Gräben zu füllen, ebensoviel Granatlöcher. Diese 200 Millionen Kubikmeter entsprechen einer Menge, die nötig wäre, um eine Straße von 280 Kilometer Länge und 30 Meter Breite bis zur Höhe von 6 Stockwerken zu füllen!

Fügen wir dem Füllen der Schützengräben noch die Entnahme von Eisenerz von 28 Millionen Quadratmeter hinzu! Denken wir daran, daß mehr wie 100 000 Hektar Land für die Kultur verloren sind, das Abmessen unmöglich und die Gartenerde unter der Erde verschwunden ist. Wenn man so viele Verluste oder Verminderungen der vergangenen und kommenden Ernten, des Viehbestandes, der landwirtschaftlichen Werkzeuge, die Wälder und Fruchtbäume, die Zerstörung der Landstraßen, Kanäle und Schienenstränge in Betracht zieht, wird man für diesen Abschnitt auf eine Höhe von 30 Milliarden kommen.

Die Summe erreicht also für Frankreich 100 Milliarden. Aber nicht allein Frankreich muß entschädigt werden. Belgien, England und andere Länder haben gelitten. Diese Zahl kann leicht verdoppelt oder verdreifacht werden.

Man kann diese Zahlen bestreiten, weil sie einzeln festgesetzt worden sind, aber sie sind genau ermittelt. Sie geben uns eine Vorstellung von der Schuld, welche auf Deutschland ruht, von der furchtbaren Last, welche es tragen muß. Für das linke Rheinland, das als Pfand der Schuldforderungen der Entente ausgesetzt ist, beweisen sie, daß die alliierte Befreiung sehr lange dauern wird, wohl viel länger, wie man eben glauben will.

Die belgische Schadenersatzrechnung.

(b.) Die Kriegsschäden Belgiens werden, wie der Pariser Berichterstatter der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, insgesamt 15 Milliarden Franken betragen. Der Betrag für die persönlichen Verluste ist ungefähr ebenso hoch. Unter den Kriegsschäden werden aufgezählt: die für Eisenbahn, Post und Telegraphie mit 3½ Milliarden, die tatsächlichen Kriegsausgaben mit 3 Milliarden, die an die Deutschen gezahlten Kriegsgeldern mit 2½ Milliarden, für Unterhaltung der Bevölkerung 2 Milliarden Franken. Die Anzahl der in Belgien zerstörten Häuser beträgt 45 000.

Allelei Nachrichten.

Naumann Präsidentschaftskandidat?

(b.) Die „Frankf. Ztg.“ glaubt mitteilen zu können, daß die Deutsche demokratische Partei, für welche die Präsidentschaftskandidat für die Republik aufstellen werde.

Gedenktafel für Clemenceau.

„Le Petit Parisien“ meldet, daß an dem Geburtshause Clemenceaus zu Montilleron-en-Pareds eine markante Gedenktafel mit folgender Inschrift angebracht worden sei: „In diesem Hause wurde am 28. September 1841 Georges Clemenceau, Präsident des Kriegsrates und Kriegsminister geboren. Die Gemeinde von Montilleron-en-Pareds hat diese Tafel am 12. Januar anbringen lassen, um ihrem Stolz und ihrer Bewunderung für ihren berühmten Sohn dem Organisator des Sieges, dem Befreier des Landes, dem ganz Frankreich mit jedem Tag zu neuem Dank verpflichtet wird, Ausdruck zu verleihen.“ Eine zahlreiche Menge wohnte der Einweihung bei, bei welcher der Bürgermeister de Latour und Herr von Fontaines das Wort ergriffen haben.

Weltsteuer für Frachtverkehr.

Der Wirtschaftsexperte Italiens auf der Friedenskonferenz kündigte im „Corriere“ die Einföhrung einer Weltsteuer für Frachtverkehr, für Kohlen und Rohstoffe an zwecks Abtragung der Kriegsschulden. Die alliierten, die Neutralen und die Feinde müßten diese Steuer entrichten.

Japans Friedensprogramm.

(b.) Der „Matin“ will wissen, daß das japanische Kabinett dem von Ratnui formulierten Friedensprogramm zugestimmt habe. Dieses Programm enthält folgende Punkte: 1. Westliches Europa, das Ostasien und die afrikanischen Kolonien: Japan ist in voller Uebereinstimmung mit den Ansichten Frankreichs, Englands und Amerikas. 2. Deutschland und Rußland: Japan wird in diesem Punkte eng mit England und Frankreich zusammenarbeiten. 3. Die Frage der Entschädigungen. In dieser Hinsicht stellt Japan die Regelung der Konferenz anheim. 4. Das Schicksal Samos wird in Uebereinstimmung mit England und den Vereinigten Staaten geregelt. 5. Neuguinea kommt an Australien. 6. Der Archipel, die Marshall-, Carolinen- und Mariannen-Inseln werden unter japanische Kontrolle gestellt. 7. Finglan, der Hafen von Kantschun und die Eisenbahn von Tsinan kommt an Japan. 8. Japan wird sich mit den Alliierten über die Aufrechterhaltung der Ordnung in Sibirien verständigen. Keine Macht soll eine Vorzugsstellung einnehmen betreffs der dort zu erwerbenden Konzessionen. 9. In China wird das Prinzip der offenen Tür aufrechterhalten, da Japan an der Aufrechterhaltung des Friedens im fernem Osten interessiert ist.

Reeder und Seelente.

(u.) Zwischen den Reedern und den Seelenten, die unter der Drohung des Auslaufes bedeutende Lohn-erhöhungen für die transatlantische Fahrt zur Einholung von Lebensmitteln forderten, ist nach einer Meldung aus Hamburg durch Entgegenkommen der Reeder eine Einigung erzielt worden. Die Seelente erhalten für die transatlantische Fahrt eine Monatsbezahlung von 220 Mark gegen 70 Mark vor dem Kriege. Wie es scheint, sind die radikalen Seher unter den Seelenten auch mit dieser Regelung noch nicht zufrieden.

Weimar.

(u.) Die Ernährungsfrage für die während der Nationalversammlung in Weimar beruflich anwesenden Personen ist insoweit geregelt, als vom 2. Februar an ein vereinfachtes Kartensystem eingeführt wird. Die Anwesenden erhalten für die erste Woche ein Festessen, worin für jeden Tag Belegkarte für ein Frühstück, ein Mittagessen und ein Abendbrot enthalten sind. Die Preise für die einzelnen Mahlzeiten sind in allen Gasthöfen und Restaurants behördlich festgesetzt. Alle Eintreffenden haben ihre Brot-, Fleisch- und Zuckermengen mitzubringen. Das gilt auch für Selbstverpfleger, sowie auch für die Abgeordneten, Regierungsbekräftigte etc.

Die Enteignung von Grundbesitz.

(b.) Laut Mitteilung des Direktors der Landwirtschaftskammer in Halle steht die Veröffentlichung eines Gesetzentwurfes über Landbesiedlung bevor, wonach der Großgrundbesitz 10 Prozent seiner Fläche abtreten, müßte; ferner würden die Güter einzeln, die von Kriegsgegnern gekauft worden seien, ebenso die, die in den letzten 20 Jahren den Besitzer mehrfach gewechselt hätten, ferner die schädlich bewirtschafteten und weiterhin die, deren Besitzer nicht selbst wirtschafteten, und schließlich die aus Bauerntümern zusammengelaufenen.

Das Mandat Eichhorns.

(b.) Alle zur deutschen Nationalversammlung gewählten Abgeordneten haben die Annahme der Wahl erklärt, bis auf den ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn. Der an ihn gerichtete Brief ist als „unbestellbar“ zurückgekommen. Damit ist das Mandat Eichhorns zunächst ungültig, denn nach § 56 der Wahlordnung hat der Wahlkommissar die Gewählten zu benachrichtigen und sie aufzufordern, sich binnen einer Woche nach Zustellung der Nachricht über die Annahme der Wahl zu erklären.

Matrosen-Forderungen.

(b.) In einem Schreiben an die Volksregierung verlangt der Zentralrat der Marine die sofortige Verhaftung des kommandierenden Generals des Marinekorps, v. Schröder, des Geheimen Marine-Oberkriegsrats Rößler und des Korvettenkapitans Regener. Gegen die genannten Offiziere soll die Anklage erhoben werden, daß Admiral Schröder, wie es in dem Schreiben an die Volksregierung heißt, eigenmächtig, übereilt und trotzdem er im Großen Hauptquartier von dem Annesierlaß über politische Verbrechen Kenntnis haben mußte, die Erschießung zweier Matrosen befohlen und mit allen Mitteln herbeigeführt habe.

Trotsky.

(b.) „Echo de Paris“ meldet aus Stockholm, daß Trotsky in einem Telegramm an die Truppen erklärte, daß das Anerkennen der Alliierten, auf den Prinzipien zu einer Konferenz zusammenzukommen, ein Zeichen der Schwäche sei. Er forderte die Truppen auf, ihre Anstrengungen zur Niederwerfung der Weltbourgeoisie zu verdoppeln.

Wilsen.

Paris, 2. Febr. Nach dem "Matin" wird Präsident Wilson, um seine Botschaft vor dem Kongress vorlesen zu können, Frankreich um den 12. Februar herum verlassen und 5 Wochen später wieder dorthin zurückkehren. Die Arbeiten der Konferenz werden durch diese Reise nicht unterbrochen werden.

Tagesgeschichte.

Eberts Forderungen an die bürgerlichen Parteien.

Berlin, 4. Febr. Der Volksbeauftragte Ebert machte dem Berliner Korrespondenten der "Köln. Ztg." gegenüber über das Wahlergebnis folgende Ausführungen: "Die Sozialdemokraten werden in der Nationalversammlung die Minderheit bilden, den Geist und die Handlungsweise zu bestimmen. Nach reiflicher Überlegung ist es nicht zu vermeiden, daß die Sozialdemokraten die Regierung übernehmen, da sie die einzige Partei sind, die die Notwendigkeit der Einheit der Regierung versteht. Das gilt auch für die neu zu bildende Reichsregierung. Die Partei, die davon die Ehre mit sich teilen soll, muß sich bewußt sein, daß ein Zusammenstoß nur im äußersten Notfall und nur in demokratischem, sondern auch in sozialistischem Sinne erfolgt."

Das Ende der Feldpost. Nach einem Erlaß des Staatssekretärs des Reichspostamts treten infolge der Demobilisierung die den Heeres- und Marineangehörigen gewährten Postvergünstigungen für Feldpostsendungen bis 31. Januar außer Kraft. Für Heeres- und Marineangehörige in den besetzten Gebieten erlöschen die Vergünstigungen einheitlich mit dem Uebertritt auf heimischen Boden. Vom 1. Februar 1919 an erfolgt die Beförderung von Sendungen an die Angehörigen des Heeres und der Marine im Inlande nach den dafür bestehenden allgemeinen Vorschriften (Soldatenbrief).

Die Groß-Berliner Soldatenräte haben beschlossen, zum Protest gegen die Neuordnung der Kommandogewalt die sofortige Einberufung eines Reichstages der Soldatenräte sämtlicher Armeekorps und die Aufhebung der Neuordnung der Kommandogewalt bis zur Entscheidung dieses Kongresses zu fordern. Auch die Groß-Berliner Arbeiterräte beschließen, einen neuen Reichstagskongress einzuberufen. Der Berliner Volksrat fordert natürlich alle diese Bestrebungen, denn sie laufen auf einen Sturzangriff gegen den jetzigen Zentralrat hinaus, der bekanntlich auf dem Standpunkt steht, daß das Arbeiter- und Soldatenrats-System einer gleichmäßigen demokratischen Regierung Platz machen muß.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist die Frage der Produktion in den letzten Tagen weniger eine Produktionsfrage als eine Verkehrsfrage geworden. Nach Holland sind bereits große Mengen Rohstoffe ausgeführt worden, da Holland die zur Beförderung notwendigen Eisenbahnzüge gestellt hat.

Das Reichsamt hat vor einiger Zeit eine Verordnung erlassen, wonach die Aufstellung von Vermögensverzeichnissen vorangetrieben wird von allen, die vermögenspflichtig sind. Diese Vermögensaufstellung hat als Statut den 31. Dezember 1918 und muß bis zum 31. März 1919 fertig sein. In der Verordnung war keine Bestimmung getroffen über die Vorlage dieser Verzeichnisse. Infolgedessen ist Unklarheit und Unsicherheit entstanden. Eine amtliche Erklärung geht nun dahin, daß für den Fall, daß das Reich eine große Vermögensabgabe verlangen wird, die Grundbesitzer vorhanden sein müssen. Wenn jetzt schon auf dem Wege der Verordnung die Aufstellung solcher Vermögensverzeichnisse gefordert wird, so ist im späteren Augenblick die Steuerbefreiungsberechtigung wesentlich erleichtert.

Aus dem besetzten Gebiete.

Mainz, 31. Jan. (Die Garnison von Mainz.) Die Stadt Mainz wird in einigen Tagen das marokkanische Kolonial-Infanterie-Regiment, eine der hervorragendsten Truppen der französischen Armee empfangen und zu ihrer Garnison rechnen können. Diese Truppe ist vielleicht die berühmteste der ganzen französischen Infanterie. Bekanntlich im Armeebefehl erwähnt und ausgezeichnet, hat sie mit Erfolg an allen Kämpfen teilgenommen, nachdem sie ihren Ruf in Marokko begründet hatte.

Mainz, 1. Febr. (Einbruchsdiebstahl in Arbeitsamt.) In den Räumen des Arbeitsamtes ist von unbekannter Seite am Donnerstag in der Zeit zwischen 1 und 2 Uhr ein Einbruch verübt worden. Den Tätern gelang es, aus einem Kassenschränkchen einen namhaften Betrag von Geldern zu stehlen, die zur Auszahlung für Arbeitslose bestimmt waren. Soweit festgestellt, handelt es sich um eine Summe in Höhe von 23 000 Mark, die aus verschiedenen Sorten Mainzer Notgeldes bestand. Die gestohlene Summe macht ungefähr den doppelten Betrag aus, was wöchentlich an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt wird. Auf Fahndung des Täters wird eine namhafte Belohnung ausgesetzt werden.

Überstein, 1. Febr. (Die Pferdepreise.) Der landwirtschaftliche Verein für die Provinz Westfalen hielt eine große Pferdeversteigerung in Bielefeld ab. Es kamen 62 Pferde zum Verkauf, die Preise zwischen 1200 bis 4000 Mark erzielten. Es zeigte sich, daß die Pferdepreise, die mit der sicheren Aussicht auf Frieden gesunken waren, neuerdings wieder anziehen.

Saarbrücken, 1. Febr. (Raubmord.) Ein dreifacher Raubmord brachte in dem nahen Ludweiler die Gemüter in Erregung. Am Dienstag, 28. Januar, sollte in der von ihm gestifteten Kapelle das Jahrgedächtnis für den verstorbenen Johann Sandanus, neben der Kapelle am Ausgang des Ortes Ludweiler wohnte, begangen werden. Als Verwandte der Witwe am Morgen des 27. Januar gegen 9 Uhr sich in ihre Wohnung begeben wollten, um der alten Frau bei den Vorbereitungen in der Kirche zu helfen, bemerkten sie, daß aus dem Hause Rauch aufstieg. Alle Türen bis auf eine hinter der Haustür fanden sie verschlossen vor. Als sie ins Haus eindrangen, fanden sie Frau Sandanus tot auf ihrem Bette. Sie war durch Beilhacken auf den Hinterkopf getötet worden. Das Bett wurde im Nebenraum brannte ein Bett, in welchem die Hausgenossinnen, die 84-jährige Witwe

Katharina Kramer mit ihrer zwölfjährigen Tochter Magdalena fünf, gleichfalls erschlagen lagen. Die Leichen waren schon zum Teil verfault. Die Wunden im Gesicht und am Kopf zeigten, daß die Mörder durch Hammerschläge getötet waren. Alle Zimmer des Hauses waren durchwühlt, die Schränke und Kommoden erbrochen. Was die Täter geraubt haben, ist im einzelnen noch nicht festgestellt. Jedenfalls ist ihnen ein Geldbetrag von mehreren hundert Mark in die Hände gefallen, den die alte Frau Sandanus in einer Blechdose unter dem Kopfkissen verborgen hatte. Auch sind aus einer Vorratskammer mehrere Pfund geräucherter Fleisch gestohlen worden. Die blutige Tat muß von zwei Personen ausgeführt worden sein, die über die Verhältnisse gut Bescheid wußten.

Worms, 31. Jan. (Verurteilungen.) Die hiesige Polizeiverwaltung gibt auf Anweisung der französischen Militärbehörde bekannt, daß durch Urteil des Kriegsgerichts der 2. D. G. V. vom 21. Januar 1919 verurteilt wurden: 1. Hubel, David, wohnhaft in Bodenheim zu 5 Jahren Gefängnis und 500 Fr. Geldstrafe wegen Verhöhnung von Gegenständen, die in der Gegenwart von Heims durch einen deutschen Soldaten gestohlen worden waren. 2. Schmidt, Friedrich, wohnhaft in Freimersheim, zu 3 Jahren Gefängnis und 500 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls von Kleidungsstücken zum Nachteil französischer Soldaten, die bei ihm einquartiert waren. 3. Oswald, Barbara, wohnhaft in Reinsheim, zu 1 Jahr Gefängnis und 200 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls im Lager von Pfiffelheim, wo sie beschäftigt war. 4. Gög, Wilhelm, wohnhaft in Leiselheim, zu 1 Jahr Gefängnis und 200 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls im Lager von Pfiffelheim, wo sie beschäftigt war. 5. Schröder, Jean Pierre, wohnhaft in Worms, zu 1 Jahr Gefängnis und 100 Fr. Geldstrafe wegen räuberischen Diebstahls in der Wormser Kaserne. 6. Haupler, Wilhelm, wohnhaft in Worms, zu 2 Jahren Gefängnis und 200 Fr. Geldstrafe wegen räuberischen Diebstahls in der Wormser Kaserne. 7. Meng, Friedrich, wohnhaft in Worms, zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis und 250 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls in der Kaserne. 8. Holzner, Jean, wohnhaft in Herrnsheim, zu 6 Monaten Gefängnis und 50 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls. 9. Rittmann, Valentin und Bergsträßer, Gertrude, wohnhaft in Worms, zu je 6 Monaten Gefängnis und 50 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls im Lager zu Pfiffelheim, wo sie beschäftigt waren. 10. Wehringer, Valentin, wohnhaft in Herrnsheim, zu 3 Monaten Gefängnis und 50 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls im Lager zu Pfiffelheim, wo er beschäftigt war. 11. Kiefer, Suzanne, wohnhaft in Herrnsheim, zu 6 Monaten Gefängnis und 50 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls im Lager zu Pfiffelheim, wo sie beschäftigt war.

Koblenz, 31. Jan. (Für Reisende.) Nach einer neuen Polizeiverordnung hat sich jeder Fremde in Zivil, der aus einem nicht von den Amerikanern besetzten Gebiet nach Koblenz kommt, sofort zu jeder Tages- und Nachtzeit auf der Polizeiwache anzumelden, auch wenn sein Aufenthalt nur auf einige Stunden bemessen ist. Jeder Gasthofe noch Private dürfen solche Fremden bei sich aufnehmen, wenn sie nicht den schriftlichen Nachweis der Anmeldung erbringen. Nichtbeachtung dieser Bestimmung zieht die sofortige Verhaftung dieser Personen und strengste Bestrafung nach sich.

Saarbrücken, 31. Jan. (Französische Milch für die Zivilbevölkerung.) Auf Veranlassung des kommandierenden Generals der 10. Armee ist der Zivilbevölkerung in Saarbrücken eine gewisse Menge Milch zur Verfügung gestellt worden, die für die Kranken und Kinder bestimmt ist. Von der französischen Militärbehörde sind zunächst 500 Kisten kondensierte Milch überliefert worden. Jede Kiste enthält 48 Dosen von 400 bis 500 Gramm, entsprechend zwei bis drei Liter Milch. Diese Dosen Milch werden der Zivilbevölkerung zum gleichen Preise wie den Franzosen überlassen.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Abgelassene Reise-Ausweise.

Alldorf, 1. Febr. Zur Vermeidung von Reklamationen ist angedeutet, daß künftig alle abgelassenen Reise-Ausweise durch die Inhaber der Kargermeisterei des Wohnortes zur Rückmeldung an den franz. Reiseverwalter einzuliefern sind.

Geldverkehr.

Alldorf, 1. Febr. Alle aus Geldoperationen (Geldverkehr) bezüglichen Korrespondenzen, seien sie öffentlicher oder privater Natur, insbesondere alle Korrespondenzen bezüglich Geld- und Wertsendungen aus dem besetzten Gebiete Deutschlands, sind durch die Interessenten, auf dem gewöhnlichen Postwege an die Prüfungsstelle (Kommission de Dérogation) in Trier zu senden, die für die Weiterleitung sorgt. Diese Prüfungsstelle (Kommission de Dérogation) hat nämlich Befugnis Geldsendungen aus dem besetzten nach dem unbesetzten Deutschland zu genehmigen, wenn es sich um Zahlungen für nach der Besetzung zum Abschluß gekommene und genehmigte Geschäftsabläufe handelt. Jede Briefsendung ist der Post zu übergeben. Den Bürgermeistern ist es unterstellt, Briefsendungen zur Weiterleitung an die Postur in Empfang zu nehmen. Die sonstigen Bestimmungen über Postverkehr bleiben selbstverständlich in Kraft.

Ortskrankenkasse Alldorf.

Alldorf, 1. Febr. Die ordentliche Ausschüttung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Gemeinden des ehemaligen Amtes Alldorf sah von der Auffstellung eines Haushaltsplanes für 1919 infolge der hervorgehenden anormalen Verhältnisse ab. Es wurde mitgeteilt, daß durch die Grippe-Epidemie die Ausgaben der Kasse enorm gestiegen seien, so daß im Jahre 1918 allein an Krankengeld 46 000 Mk. bezahlt werden mußten, gegen 31 000 Mk. in 1917 und 25 000 Mk. in 1916.

Rheinischersee.

Den Berufsfißern wird von der Besatzungsbehörde die Ausübung der Fischerei von Fahrzeugen aus nunmehr unter bestimmten Voraussetzungen gestattet. Die ergangenen Anordnungen waren in unserem Kreisblatt abgedruckt und können auch bei den Bürgermeisterämtern eingesehen werden.

Lebhafter Verkehr im Weingeschäft.

Aus dem Rheingau, 31. Jan. (Vom Weinverkehr und Weinbau.) Nachdem von der Weinernie an bis über die Mitte des Januar bis. hinaus fast jeglicher Weinverkauf gestillt hat, so daß man von einem wirklich gezahlten Preis kaum reden konnte, siehe in der neuesten Zeit plötzlich so lebhafter Kauftrieb ein, daß in manchen Orten wohl der größte Teil des neuen Weins bereits verkauft ist. Täglich kommen zahlreiche Abköpfe zufließen, und fast alle Winzerkeller wurden von Kaufstüßigen besucht. Für die kleinsten Weine wurden anfangs 2300, 2500, 3000 und 3300 Mark das Stück (zu 1200 Liter) bezahlt; dann stieg der Preis auf 3500, und zuletzt wurden 4000 Mk. angelegt. So zu Winkel, Dettlich, Mittelheim, Erbach, Hattenheim u. In der Erwartung weiteren Steigens der Preise halten viele Winzer noch zurück. Die französische Besatzungsbehörde zu Alldorf hat als Höchstpreis für die Straußwirtschaften einschließlich der Steuer 4 Mark das Liter für den ganzen Rheingau festgesetzt. — Kupfertrichter und Schwefel werden wiederum durch die Gemeinden geliefert und müssen jetzt bereits bestellt werden. Das Wintergraben der Weinberge nimmt seinen Fortgang; auch ist bereits vieles geschnitten. Verhältnismäßig zahlreiche Weinberge gingen in anderen Besitz zu regelmäßigen Preisen über.

Heberfahren.

Kauheim, 3. Febr. Drei junge Leute, die auf dem Trittbrett eines überfüllten Eisenbahnwagens von Bischofsheim nach Darmstadt fuhren, wurden von einem entgegenkommenden Zuge erfasst und furchtbar zugerichtet. Der eine von ihnen starb sofort; die beiden anderen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Brandstaden.

Kastell, 2. Febr. In der Scheune der Ww. Peter Claus hier, die eine Bäckerei betreibt, brach Feuer aus. Die Scheune brannte vollständig nieder und die anschließende Stallung erlitt großen Schaden. Das der Bäckerei gehörende alte Wohnhaus trug härteren Schaden davon, während das neue Wohnhaus ziemlich gut davonkam. Die Feuerwehr und die französischen Besatzungstruppen beschränkten den Brand auf seinen Herd. Der Schaden an den Gebäuden ist durch Versicherung gedeckt, die Möbel und die landwirtschaftlichen Erzeugnisse waren nicht versichert.

Als ein Zeichen der Zeit.

darf die wachsende Zahl der Heiratsgesuche angesehen werden, die man neuerdings in der Presse findet. Eine Hochzeitsliste in dieser Art dürfte der Kölner "Stadt-Anzeiger" in seiner letzten Sonntagsnummer aufgestellt haben. Fast eine ganze Seite füllten hier die Heiratsanzeigen, denn nicht weniger als 118 Männlein und Weiblein versuchten auf diesem nach dieser Leistung sicherlich nicht mehr ungewöhnlichen Wege das zu einer Ehe passende Gegenstück zu erhalten. Die Suchenden rekrutierten sich aus allen Klassen der Bevölkerung, aus allen Berufsständen und aus allen heiratsfähigen Lebensaltern; ein Beweis für das Einsamkeitsgefühl oder auch die Freude am Wiederaufbau des Lebens und seiner Vorbedingungen mag aus diesen Anzeigen ein einziges Blatt zu uns sprechen.

Brot nur gegen Arbeit.

Düsseldorf, 4. Febr. Staatssekretär Erzberger hat auf die Drohung des Arbeitgeberverbandes der Rheinischen Eisen- und Stahlindustriellen geantwortet: Einführung von Lebensmittelkarten erfolgt, sobald Deutschland Handelsverträge zur Verfügung gestellt hat. 450 000 Tonnen Handelsverträge sind vorgestern der Entente zur Verfügung gestellt worden. Gehe mit ihnen ein, daß baldige Lebensmittelversorgung die Ordnung in der gesamten Industrie herbeiführen wird. Um Lebensmittel zu erhalten, ist aber Arbeit notwendig, da die Entente Deutschland keine Kredite gewährt und die deutschen Auslandsguthaben nahezu erschöpft sind. Bitte dringend, den Arbeitern zu sagen, daß Brot und Fett reichlich vorhanden und zur Verfügung gestellt werden, sobald sie weiter arbeiten.

Auch eine Ervungenschaft der Revolution.

In einer Betrachtung über die gegenwärtigen politischen Zustände in Deutschland schreibt der "Berliner Sozialist": Mit durchschlagendem Erfolg ist im Sturm der Revolution nun die Sozialisierung der Umgangssprache erfolgt. Räuber, Mörder, Schuft, Bluthund, Lumpenpack, Gesindel u. s. w. sind Ausdrücke des täglichen Bedarfs geworden. Wir finden sie in den Zeitungen, von denen die Revolution und ihre Ervungenschaften immer aus neue gezeichnet werden. Die "rote Fahne", die "Freiheit", der "Korridor" und das "Berliner Tageblatt" verhängen sich auf diese Weise untereinander und mit der Außenwelt. Bei einer bürgerlichen Mehrheit der Nationalversammlung würden wir zur parlamentarischen Umgangssprache zurückkehren, die uns erlaubt, auch mit anderen Wörtern wieder zu verkehren. Was müssen sie wohl denken, wenn wir uns gegenseitig mit so prächtigen Kosenamen bezeichnen. Das Bürgertum muß dafür sorgen, daß sie solchen Sprachschau nicht als angemessen für uns halten.

Die Kriegsschadensfrage.

Genf, 4. Febr. (Z. U.) Bei der Erörterung über die Frage der Kriegsschadensfrage blieb Wilson, einem Gegner Frankreichs zufolge, fest auf dem Standpunkt stehen, daß man keineswegs den Ersatz der gesamten Kriegsschäden von Deutschland erwarten dürfe, sondern nur einen Ersatz für tatsächlich erlittene Verluste. Unter diesen Titel fielen weder die für die Heere aufgewandten Kosten, noch die für die Munition und Behälter. Allen darüber hinausgehenden Forderungen setzt Wilson heftigen Widerstand entgegen.

Das Generalkonsulat der Niederlande.

Frankfurt a. M. hat in Wiesbaden eine Nebenstelle eingerichtet, deren Leiter Herr André Ward ist. Aufgabe der Zweigstelle ist es die Interessen der Staatsangehörigen der Niederlande, von Großbritannien, Griechenland, Luxemburg, soweit diese in dem von der 10. franz. Armee besetzten Teile der Provinz Oessan-Rassan und des früheren Großherzogtums Hessen ansässig sind, wahrzunehmen.

Leipziger Frühjahrsmesse.

Berlin, 2. Febr. Um den Bewohnern des besetzten Gebietes den Besuch der Leipziger Frühjahrsmesse zu erleichtern, hat die deutsche Waffenhändlerkommission in

Spaa in der Sitzung am 28. d. M. die Entente gebeten, den Besuchern der Leipziger Messe bei der Hin- und Rückreise keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Da außerdem die Postsperrung die Beförderung von Messenuttern unmöglich macht, sind die Nutzfahrten gleichzeitig ersucht worden, den Paket- und Stückgutverkehr für diese Zwecke frei zu geben.

Die Kartoffeln und Fleischration. Die Mitteilungen aus dem Reichsernährungsamt schreiben: Da der gegenwärtige Stand unserer Kartoffelvorräte eine möglichst sparsame Wirtschaft erfordert, hat der Staatssekretär des Reichsernährungsamts zur Streckung der vorhandenen Bestände angeordnet, daß vom 3. Februar ab die wöchentliche Kartoffelration der Versorgungsberechtigten in sämtlichen Kommunalverbänden auf 5 Pfund herabgesetzt wird. Von dem gleichen Zeitpunkt ab hat eine Entlung der täglichen Ration der Selbstversorger von 1½ auf 1 Pfd. zu erfolgen. Die Reichskartoffelstelle ist angewiesen, das Nähere zu veranlassen. — Um für die notwendig gewordene Einschränkung der Kartoffelversorgung einen Ausgleich zu schaffen, soll vom 3. Februar an die Wochenentlopfmenge Fleisch für die Versorgungsberechtigten um je 100 Gramm erhöht werden, so daß statt der bisherigen 100 Gramm in Gemeinden bis zu 50 000 Einwohnern 200, statt 150 Gramm in Gemeinden von 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern 250 Gramm und statt der 200 Gramm in den Gemeinden von 100 000 und mehr Einwohnern 300 Gr. auf den Kopf wöchentlich unter Befall der Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen, abgesehen von den Zulagen für Bergarbeiter unter Tage, die bestehen bleiben, gleichmäßig an alle Versorgungsberechtigten zur Ausgabe gelangen. Gleichzeitig ist die den Selbstversorgern zustehende Wochenmenge von 400 Gramm wieder auf den früheren Satz von 500 Gramm erhöht worden. (20—50 Mark die Rute) über.

Weinzeitung.

Δ Aus dem Rheingau, 2. Febr. Abgesehen von der regnerischen Zeit war es ganz gut möglich die Weinbergarbeiten zu fördern. Das Rebholz sieht günstig. Bereits wurde mit dem Schnitt der Reben der Anfang gemacht. Nicht gut entwickelt haben sich die 1918er Reine und wie anderwärts bereits eine starke Nachfrage eingeleitet hat, so

zeigt sich die gleiche Nachfrage auch neuerdings mehr im Rheingaugebiete. Bezahlt wurden angeblich im unteren Rheingau für das Stück 1918er bis 4000 Mk. und ähnliche und höhere Forderungen werden im übrigen gestellt. Das Stück 1917er wurde angeblich vereinzelt zu 9000 Mk. angeboten. In diesem Jahrgang sind aber keine großen Bestände mehr vorhanden.

+ Aus Rheinhessen, 2. Febr. Die Arbeiten in den Weinbergen sind recht gut vorangeschritten, wenn sie auch zeitweise unter Regen und sonstigen Witterungseinflüssen zu leiden hatten. Das geschäftliche Leben hat seit kurzem eine wesentliche Veränderung erfahren, denn die Nachfrage nach den Weinen des letzten Jahrganges hat sich ganz bedeutend erhöht und zu größeren Umschlüssen geführt. Infolge der gesteigerten Nachfrage sind auch die Preise für den 1918er Wein gestiegen. Es wurden bei den letzten Umsätzen für das Stück 1918er bis 4000 Mk. und mehr bezahlt.

Δ Aus der Rheinpfalz, 2. Febr. In Dieselsfeld gingen 50 Fuder 1918er der Wingerzengenschaft zu 8000 Mk. das Fuder in anderen Besitz über. Gesamtergebnis 150 000 Mk.

< Von der Nahe, 2. Febr. Gestützt auf den Umstand, daß die Weinwirtschaften einen stärkeren Verbrauch von 1918er Weinen haben, ist eine Steigerung der Nachfrage nach Weinen dieses Jahrganges in letzter Zeit festzustellen gewesen. Trotzdem zeigt sich keine große Steigerung des Verkaufsgeschäfts. Eine Preissteigerung hat sich aber schon bemerkbar gemacht und zu den anfänglich genannten Bewertungen ist der 1918er nicht mehr zu haben.

+ Von der Mosel, 2. Febr. Die Weinberge und die Reben befinden sich gegenwärtig in gutem Stande. Das Weingebiet hat eine schnelle Steigerung erfahren und zu größeren Umsätzen schnell geführt. Hand in Hand mit einer größeren Nachfrage ging auch die Erhöhung der Preise, die es mit sich brachte, daß für das Fuder 1918er bis 4000 Mk. und mehr verlangt und auch bezahlt wurden. Sehr viel 1918er Wein wurde an der unteren Mosel umgesetzt. Meistens kaufen die Weinwirte, um ihren gegenwärtig stärkeren Bedarf zu decken, den neuen Wein an, während der Weinhandel noch immer Zurückhaltung bewahrt.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destr. 1.

Handel und Verkehr.

7.) Reichsbank. In einer Sitzung des Zentralausschusses besprach Präsident Dr. Hakenstein die Entwicklung des Standes der Bank während der letzten vier Wochen. Er betonte, daß die Anlage-Rechnungen infolge des fortgesetzten starken Kreditbedarfes des Reiches während der Berichtszeit wieder erheblich mehr als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres zugenommen haben, daß auf der anderen Seite aber die fremden Gelder diesmal einen beträchtlichen Zuwachs aufwiesen, während sie in der gleichen Zeit vor einem Jahr erheblich abgenommen hatten. Nach den weiteren Ausführungen des Präsidenten kann die Zahlungsmittelkrise in der Hauptsache als behoben angesehen werden. Ein wesentlicher Teil der in der Berichtszeit neu ausgegebenen Zahlungsmittel diente der Erfüllung der im Waffensstillstandsabkommen übernommenen Zahlungsverpflichtungen des Reiches.

Ein Wort über deutsche Frauenkleidung.



Mr. 8962.
Stückzahl aus
privater Stg.

Das durch sein zweierlei an Stoff auch für Umänderungen geeignete Mittelkleid ist ziemlich lose gehalten und vorn wie im Rücken an jeder Seite in je eine Quetschfalte geordnet, die in halber Rockhöhe aufringt. Zwei schmale Gürtel, einer über, einer unter den Falten halten im Taillenschluß das Ganze leicht zusammen, den tiefen spitzen Halsauschnitt fällt teilweise ein Laiblein. Der breite karierte Kragen reicht vorn ziemlich tief herab, mit ihm harmonisieren die Aufschläge des langen Blusenärmels sowie der breite Rockansatz. Hierzu ist der Schnitt in 40, 42, 44, 46, 48, 50 cm halber Oberweite zu 1,50 Mk. durch die Modenzentrale Dresden-M. 8 zu beziehen.

Öffentliche Bekanntmachung.

Kaut Eintrag in unserm Handelsregister B bei der Firma „Mathes Müller, Kommanditgesellschaft auf Aktien zu Eltville a. Rh.“ ist der Kaufmann Dr. jur. Henry Müller-Gaßel zu Eltville als persönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten.
Eltville, den 7. Dezember 1918.
Das Amtsgericht.

Erklärung.

Bezugnehmend auf die Notiz vom 30. v. Mts. teile ich mit, daß ich im Besitze meiner Ausweisakte und Viehhauskäufer für den Viehhandelsverband bin.
Emil Hallgarten, Winkel.

Wein-Etiketten

Schuhe.

Hauschuhe, ohne Bezugsschein, dauerhafte Verarbeitung, mit echter Ledersohle, pro Paar 7.20 Mk., freie Fußbedeckung. Lieferung nur gegen vorherige Einzahlung des Betrags. Bei Nichtgefallen garantieren wir bereitwillige Rücknahme und Rückzahlung des Betrags. Um genaue Angabe der Adresse und Schuhnummer wird gebeten.
Garantie für gute Ankunft. Versand gefastet.
Schuhwaren-Fabrik Almbach (Rheingau).

Elfämische Bankgesellschaft

Filiale Mainz.

Aktienkapital Mk. 20 000 000.

— Fernruf Nr. 52 und 91 —

Berzinsung von Spargeldern zu günstigen Zinssätzen.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Ausführung sämtlicher in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.

Verschwiegenste u. zuverlässigste Erledigung aller Angelegenheiten.

Trauerbriefe — Trauerkarten

Liefert schnellstens „Rheingauer Bürgerfreund“

J. & G. ADRIAN



WIESBADEN
Bahnhofstrasse 6. Fernspr. 59 u. 6223.

Möbeltransporte von und nach allen Plätzen
Verpackung :: Assecuranz
Moderne Möbel-Lagerhäuser
Spedition :: Rollfuhrwerk

L. RETTENMAYER

Gegründet 1842.

WIESBADEN.



Zentrale: Nicolastrasse 5.

Fernsprecher: Nr. 12, 115, 124, 242, 2376 (Direktion 6611).

Telegramm-Adresse: Rettenmayer, Wiesbaden.

Möbeltransporte: von u. nach allen Plätzen.

Ueber-Land-Umzüge.

Lagerung ganzer Wohnungseinrichtungen, Reisegepäck und Speditionsgüter im

Wiesbadener Möbelheim: 8000 qm Lagerfläche.

Sicherheitskabinen.



Reise-Büro: Kaiser Friedrich Platz 2.
Amtliche Fahrkarten-Ausgabe ohne Aufschlag.
Schlafwagenkarten. — Amtl. Gepäckabfertigung und Beförderung zu und von den Zügen.
Reisegepäck-Versicherung.
Reiseunfall-Versicherung.
Fernsprecher für Reisebüro: Nr. 242 und 2376.

Weinbergspfähle,

runde und gefäste Stücker.
1,25, 1,50 u. 1,75 Mt. lang.

Baumpfähle,
2 bis 3,50 Mt. lang.

empfehlen
Gg. Hof. Friedrich,
Destr. i. Rhg.
— Telefon 70. —

Ankauf

von Lumpen, Almetallen, gebrauchten Möbeln und Kleidungsstücken zu den höchsten Tagespreisen empfiehlt sich

Althandlung
Franz Weinberger,
Winkel, Bartholomäustrasse 16.

Tier-Börse

BERLIN SO. 16
Cäpenicker Strasse 71.

In der Tier-Börse finden Sie alles Wissenswerte über Geflügel, Hunde, Zimmerpflanzen, Kanarienvögel, Ziegen, Schafe, Bienen, Aquarien usw. usw.

Abonnementspreis: Bei der Post bestellt pro Quartal 1. Selbstabholer nur 1,10 Mk., frei ins Haus nur 1,22 Mk. Erstklassig. Inserationsorgan.

Inserate zu Originalpreisen, befördert die Expedition, d. Zeitung.

Verlangen Sie Probennummer, Sie erhalten dieselbe gratis. A. Franke.

Kapitalien

in jeder Höhe auf gute Hypotheken auszuliehen. Anfragen mit Grundbuchauszügen nebst Tage an

Joh. Daniel in Geisenheim. Vermittler verboten.

Piano's

stimmt und repariert
Wilh. Müller, Mainz

Kgl. Spanischer und Luxemburger Hof-Piano-Fabrik.
Gegr. 1843. Tel. 44, Münsterstr. 10.

Mädchen

gesucht 3. März für herrschaftlichen Hausstand.
Näheres bei

Frau Jos. Fleischer,
Eltville, Gutenbergstr. 9.

Zentrifuge

zu verkaufen.
Näh. in d. Exped. d. Stg.

Ein Läufer

zu verkaufen, unter zwei die Wahl.
Näh. in d. Exped. d. Stg.

Ein Aker

in Winkel zu verkaufen.
Näheres durch die Expedition dieses Blattes.

künstliche Dünger

aus, als Schwefelsäuren Ammoniak, Kaliammoniak, Superphosphat, Thomaschlackenmehl.

Bestellungen nimmt entgegen
Georg Strauß,
Geisenheim, Marktstrasse 4,
Telephon 240.

Drucksachen für Vereine

als: Einladungskarten, Programme und Fieder, Festzeitungen, Statuten usw. fertigt schnell die

Buchdruckerei von Adam Etienne
Destr. a. Rh. Landstr. 16